

Saale-Beitung.

Zehneundvierziger Jahrgang.

Anzeigen

werden die Sachverständigen über deren Raum mit 20 Pf., solche aus Halle mit 20 Pf. berechnet und in untern Annahmestellen und allen Annahmestellen angenommen. Retikeln die Seite 75 Pf. für Halle, auswärts 1 Mk.

Erkeltet täglich pünktl. Sonntags und Montags ausnahml.

Redaktion und Druck-Verlag: Halle, Gr. Brauhausstraße 17. Nebendarstellung Halle 24.

Bezugspreis
Die Halle vierteljährlich bei postmässiger Zahlung 2,50 Mk., durch die Post 2,75 Mk. auswärts. Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen. Im umhüllten Betrugsbüchlein unter „Saale-Beitung“ eingetragen. Für unentgeltlich eingehende Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Abbestellbar nur mit Cassenangebe. Saale-Beitung“ gestattet.

Verleger: Dr. Richard Str. 1140; Dr. Richard Str. 1762; Dr. Richard Str. 1133.

Nr. 222.

Halle a. S., Donnerstag, den 15. Mai

1913.

Zum Wahltage.

(Von einem nationalliberalen Politiker.)

Halle, 15. Mai.

Wie vor fünf Jahren ist auch diesmal der Wahlkampf seitens der rechtsstehenden Parteien gegen die vereinigten Liberalen wenig würdevoll geführt worden. Die neugegründete Ortsgruppe der „freikonserverativen“ Partei hat es an gehässigen Angriffen gegen die Fortschrittler und insbesondere gegen ihren Kandidaten, Herrn Oberpostassistenten Dellius, nicht fehlen lassen. Das Auftreten derer um Zedlitz — sei es im Reichstage oder im preussischen Abgeordnetenhause oder im Wahlkampf — ist immer sehr sonderbar gewesen. Das hat sich auch im Reichstage noch in der letzten Session gezeigt, als die Reichspartei die Anerkennung ihrer 11 oder 12 Abgeordneten als Fraktion erzwingen und eine allhergebrachte Sitte und Auffassung des Reichstages durchbrechen wollte. Damals war es der Reichstagsabgeordnete Zund von der nationalliberalen Partei, der unter lebhaftem Beifall der bürgerlichen Linken hinweis auf die eigenartige Struktur der Reichspartei und den Zusammenbruch der rechtskonservativen Partei bei der letzten Reichstagswahl. Die letzten Wahlen zum Reichstage, wie auch die Landtagswahlen dieses Jahres beweisen, daß ein Unterschied zwischen deutsch und freikonserverativ nicht mehr besteht. In vielen Wahlkreisen sind statt freikonserverativer Kandidaten solche aus den Reihen der nationalliberalen Partei aufgestellt worden. Ja, für die bevorstehende Reichstagswahl in dem bisher vom freikonserverativen Abgeordneten von Derben vertretenen Kreise Jüterbog - Zand - Belgis - Luckenwalde kandidiert ein Deutschkonservativer! Da die freikonserverative Partei, der sich Herr Fabrikbesitzer Weise im Falle seiner Wahl anschließen würde, ganz in den Bahnen der von Dietrich Hahn und Dertel vertretenen Politik liegt, bewegt, zeigt auch, daß sie von einer Verringerung des preussischen Wahlrechts nicht das geringste wissen will. Nicht einmal die geheime und direkte Stimmabgabe will sie losgeben. Sie ist also nicht einmal dazu bereit, das Wahlrecht so zu gestalten, wie es nach den bestehenden Forderungen und Wünschen der überwiegenden Mehrheit der Wählerschaft sein soll.

Die Aufrechterhaltung der öffentlichen und indretten Stimmabgabe ist unvereinbar mit den Lebensinteressen des Handwerkers, nur durch geheime, unkontrollierte Stimmabgabe können unsere Wünsche und Rechte wirksam zur Geltung kommen. Wir lehnen deshalb eine Unterföhrung der konservativen Landtagskandidaten ab und empfehlen sämtlichen Handwerkern, die liberalen Wahlmänner zu wählen. In laute die Resolution einer kürzlich im Wahlkreis Torgau-Liebenwerda einberufenen großen Handwerkerversammlung. Wir freuen uns, daß hier wieder einmal aus den Kreisen des Mittelstandes, um dessen Erhaltung und Förderung die Deutsch- und Freikonserverativen so besorgt sind, klipp und klar die Forderung des geheimen und direkten Wahlrechts im führenden Bundesstaat Deutschlands erhoben ist, eine Forderung, die von den liberalen Parteien und allen ihren Wahlvereinen in ganz Preußen mit Nachdruck vertreten wird. Es ist wirklich sehr sonderbar (um keinen stärkeren Ausdruck zu gebrauchen), wenn die Freikonserverativen in ihrem letzten Aufruf zu Gunsten der Kandidatur Weise behaupten, daß die Nationalliberalen hinsichtlich der Wahlrechtsfrage weit näher den Freikonserverativen und sogar der deutschkonservativen Partei ständen als die Fortschrittler. Der Verleger des freikonserverativen Wahlaufsichts scheint seit mehr als Jahresfrist keine politischen Zeitungen mehr gelesen zu haben, denn sonst müßte ihm bekannt sein, daß die Abgeordneten Friedberg, Lohmann und Schiffer — um nur einige Namen herauszugreifen — zu wiederholten Malen im preussischen Abgeordnetenhause einer gründlichen Reform des preussischen Landtagswahlrechts das Wort geredet haben. Der Abgeordnete Schiffer war es, der in seiner letzten großhäßigen Rede über die Reform der inneren Verwaltung in Preußen die Befestigung des bestehenden Dreiklassenwahlrechts als die dringendste und wichtigste Frage der Gegenwart bezeichnete. Unter den mehr als 150 nationalliberalen Landtagskandidaten gibt es nicht einen, der nicht voll und ganz für die Befestigung des jetzigen Wahlrechts eintritt. Noch auf dem in den letzten Tagen abgehaltenen Parteitag der Nationalliberalen Baden hat ein führender Abgeordneter der nationalliberalen Partei es als die Ehrenpflicht aller Liberalen Preußens bezeichnet, für die Liberalisierung des Wahlrechts zum preussischen Landtage mit allen Kräften einzutreten. Wir fragen, welche Uebereinstimmung in Sachen Wahlrechtsfrage gibt es zwischen dem freikonserverativen Fabrikbesitzer Weise und dem nationalliberalen Justizrat Dr. Keil?

Der Kandidat der deutschkonservativen Partei, Herr Geh. Rat Menzel, hat in der Zusammenkunft seiner politischen Freunde, die kürzlich hier in einem am Markt gelegenen Hotel stattfand, seinen Zweifel darüber geäußert, daß er eben so wenig wie Herr Weise von der anderen Fakultät für die geringste Verringerung des Wahlrechts nicht zu haben!

In der kommenden Legislaturperiode der zweiten preussischen Kammer werden zweifellos eine Anzahl kultureller Fragen zu lösen sein, namentlich auf dem Gebiete des Fortbildungswesens und des Ausbaus der allgemeinen Volksschule. Welche Reformen insbesondere für die letztere Schulgattung einzuführen sind, hat dieser Tage Reichstagsabg. Kerstensteiner in einem führenden liberalen Blatt dargestellt. „Der Ausbau der Fortbildungsschulen nach der Seite der technischen und moralischen, körperlichen und staats-

bürgerlichen Erziehung würde mächtig zur Ertüchtigung unseres Volkes beitragen. Was in dieser Hinsicht in Deutschland und in Preußen insbesondere geschieht, ist trotz mancher guter Anläufe noch nicht ausreichend“; so fand vor einiger Zeit in einer anderen angenehmen liberalen Zeitung zu lesen. Das Schicksal, das der vom sächsischen Kultusminister Beck so warm vertretenen Volksschulvorlage im Landtage des „roten Königreichs“ von den Konservativen beschieden ist, gibt uns einen deutlichen Beweis dafür, daß die Parteien des Herrn Geheimrat Menzel und Fabrikbesitzer Weise für ein Fortwärtkommen und Vortreten der minder bemittelten Schichten unseres Volkes nichts übrig haben. Die nationalliberale und fortschrittliche Partei des Königreichs Sachsen können mit Genugtuung von sich sagen, daß sie alles getan haben, was in ihren Kräften stand, um die Volksschulen in Sachsen auf eine höhere Basis zu bringen, und die warmen Worte, die der Präsident der zweiten sächsischen Kammer, der nationalliberale Abgeordnete Vogel, kürzlich über das Bemühen der fortschrittlichen Volkspartei zusammen mit seiner Partei der Vorlage und dem Lebenswerte Beck zum Siege und zur Annahme zu verschaffen, haben auch über die Grenzen des Königreichs Sachsen lebhaften Widerhall gefunden und zugleich gezeigt, wie dringend notwendig angelehrt der befähigt weiter zunehmenden Annäherung der Rechtsparteien an das Zentrum ein Zusammengehen aller liberalen Wähler bei den Wahlen ist. Daß Herrn Dertels Verbredungen, eine Arbeitsgemeinschaft seiner und der freikonserverativen Partei mit denen politischen Freunden Erzbischofs herbeizuführen, immer mehr in den konservativen Reihen Anfang findet, zeigt auch neue die kürzliche Rede des konservativen sächsischen Abgeordneten Dr. Mager, der ein Zusammengehen der Rechten mit dem Zentrum, das durchaus nicht eine konfessionelle Partei sei, sehr warm empfahl. Je mehr die konservativen Parteien mit dem Zentrum gemeinsame Sache machen, und für die letztere sogar in vielen Wahlkreisen auf eigene Kandidaten verzichten, je dringender und notwendiger wird eine gemeinsame Aktion aller Liberalen und ein Zusammenarbeiten dieser beiden Parteien in den Parlamenten.

Die Vorbereitungen zu den Wahlen haben in den letzten Jahren auch gezeigt, daß auf beiden Seiten das Bestreben besteht, gemeinsam gegen die Rechte und äußerste Linke bei den Wahlen vorzugehen. In diesem Sinne ist auch der nationalliberale-fortschrittliche Block in Baden für die Landtagswahlen zustande gekommen. Die Behandlung der einzelnen Berufszustände in Preußen in allgemein-politischer Hinsicht, wie auch im Hinblick auf die Steuern, läßt noch viel zu wünschen übrig. Auch für den Mittelstand in Stadt und Land muß die Fürsorge in noch weit umfassenderem Maße als bisher erfolgen. Die Anbahnung kleinerer Volkshäuser zu immer größeren Güterkonzernen liegt nicht im Interesse der preussischen Volkswirtschaft. Die Einschränkung der Zatlffinnen ist eine Forderung, für die Nationalliberale wie Volksparteiler mit gleicher Entschiedenheit eingetreten sind und es auch in Zukunft tun werden. Ein hervorragender Nationalökonom der Provinz Sachsen, der zugleich der Vorkämpfer einer größeren liberalen Vereinigung ist, hat erst dieser Tage in einer längeren Rede sich über die Gründe aus-

Feuilleton.

Des Kranken Recht auf Wahrheit.

Von Hermann Balz.

Der bekannte Dramatiker und Essayist feiert in kurzen seinen 50. Geburtstag. Was er im Nachfolgenden über ein Problem sagt, das alle angeht, wird aus diesem Anlaß ebenso interessieren, wie um der wehmütigen Erinnerungen willen, die es an Josef Keinz enthält. Es fährt sich in diesen Wochen gerade zum drittenmal, daß von Semmering die Kunde kam, Josef Keinz werde sterben müssen...

Als ich zum letztenmal bei Keinz war, fünf Tage vor dem Ende, lag er ganz still, eingeinkt und gleichsam in sich hinein zusammengezogen, und nur seine Hand, sich selbst zu mir hin legend, konnte mich noch greifen. Ich sah an seinem Bett und begann, wie mir eingekehrt worden war, gleich davon, daß er ja nun die böse Nacht des Marasmus bald überwinden hätte, dann wird wieder alles gut sein. Es war nämlich unter uns verabredet, ihm dies vorzulagen. Alle die Monate der Kame seiner Krankheit ausgeprochen, er werde bis zum Herbst wieder heil sein, und er selbst daß ihnen dabei; man sah ihm an, daß er sich Mühe gab, es zu glauben oder doch uns glauben zu machen, daß er es glaube. Nun aber, indem er davon sprach, da sah er die Augen auf und sah mich an; sein Blick war groß und ein letzter trauriger Spott war darin, und Müdigkeit von langem Daulen und die Frage: „Wozu?“ Der Blick traf mich so hart, daß ich nichts mehr sagen konnte, und ich schämte mich. Es kam mir da so jämmerlich vor, noch immer zu lägen, abern und, um es ganz auszupprechen, ich leide. Und wäre ich nicht feig gewesen, ich hätte lieber seine Hand genommen und ihm noch einmal gesagt, was er mir all die langen Jahre

war, und wie weh, daß wir uns jetzt trennen müßten. Aber ich war feig, man ist wohlzögern. Diesen letzten Blick kann ich nicht vergessen, und immer muß ich denken, es war nicht recht von uns. Aber dies mag jeder bei sich selbst entscheiden. Und wir lagen ja nicht nur ihn an, wir lagen uns selbst an, als ob die letzte Lüge die Kraft haben könnte, sich wahr zu machen und ein Wunder zu tun. Wir hielten uns noch an der einen letzten Hoffnung fest, daß die Ärzte ja nichts wissen. Damit und noch tausendfach mögen wir es nur unserem Gewissen beschönigen.

Aber jetzt muß ich allgemein sprechen. Nicht mehr von Keinz, nicht von seinen Anverwandten und Freunden, nicht von seinen Ärzten. Diese haben die Sitte befolgt, und der Einzelne hat keine Schuld an der allgemeinen Sitte. Es läßt mich aber nicht, ich muß es sagen: dies ist eine schlechte Sitte, und während sie es liebreich und voll Erbarmen meint, ist sie grausam und unmenschlich. Es sieht dem Arzte nicht zu den Kranken, der sich ihm anvertraut, zu täuschen. Der Arzt ist dem Kranken die Wahrheit zu sagen, nicht das Beste, das seine besten Wissen. Der Kranke hat ein Recht, vom Arzte zu hören, was der von ihm hält und für ihn fürchten muß, oder noch hoffen kann.

Wenn jemand über Schmerzen klagt und der Arzt, von dem er sich unterrichten läßt, sicher zu sein glaubt, mit der höchst dubiosen Sicherheit des ärztlichen Wissens, daß dieser Kranke nicht mehr zu retten ist, viellecht aber, wenn er operiert wird und es glückt, noch über eine Strecke des Daseins fortgebracht werden könne, so will es das Fortkommen, daß der Arzt die Krankheit nicht nennen, sondern die Furcht des Kranken mit irgend einem tröstlichen Namen beschwichtigen und ihm Hoffnung machen soll, davon durch die Operation, zu der ihm der Arzt rat, erlöst zu werden. Wenn sich nun also der Kranke zu dieser Operation entschließt, er glaubt es auf eine Lüge hin. Er läßt sich in der Meinung operieren, dadurch geheilt zu werden, während der Arzt weiß, daß er nicht mehr geheilt werden kann. Es wird Menschen geben, die sich operieren lassen, auch wenn sie wissen, daß sie nicht geheilt werden können, weil ihnen kein Preis zu hoch ist für einen Tag des lieben Sonnenlichts auf unserer Erde. Anderen aber wird es lieber sein, den Tod an der Tür nicht aufzuhalten. Dies hängt von der Menschenart des Kranken

ab, und darüber hat sein bester Freund kein Urteil, feigweise der Arzt. Und je mehr es ein Mensch ist, der erkannt hat, daß es seinen eigentlichen Wert ausmacht, des Lebens ganz inne zu werden und was das Schicksal ihm zugewiesen hat, nicht bloß zu erleben, sondern bemüht zu erfüllen, je selbst zu gestalten, desto schlimmer wird es für ihn sein, wenn er zuletzt doch erkennen muß, daß er betrogen worden sei. Wahren Menschen ist alles erträglich, nur eins nicht: von ihrem Schicksal überfallen zu werden. Ich mäte mir zu, einen angelegten Tod gelassen ermarken zu können, und kann mir denken, daß diese Zeit, während ich ihn langsam aus der Nacht hervortreten und ihn immer näher an mich heranantommen sehe, schön und friedlich und von Errettung seltsam beglückt wäre. Aber das Entschieden, wenn ich plötzlich gewahrt würde, gleichsam mein eigenes Sterben verläumt zu haben, mag ich mir nicht ausmalen. Was ich als notwendig erkennen kann, ichredt sich nicht, denn was ich als notwendig erkenne, will ich selbst, und so bin ich auch im Tode nach mein eigener Herr. Nur so viel ist das Leben mir wert, als ich es bemut selbst mit meinem eigenen Willen begleiten kann.

Ränder man anderer Meinung sein, aber dahin werden wir uns einigen können, daß es nicht irgend einem Arzt zukommt, willkürlich zu bestimmen, wieviel er dem Kranken einstecken oder verheimlichen will. Ist es ein Kranker, der meint, es sei besser für ihn, mitügen geträut zu werden, so kann er es dem Arzt sagen. Aber wenn er dem Arzt nicht ausdrücklich sagt, er verlange nichts über sich zu wissen, sondern nur alle Hilfe, die die Kunst des Arztes noch für ihn hat, ja gar, wenn er in den Arzt dringt, ihm die Wahrheit zu sagen, um selbst, solange es noch Zeit ist, alles befehlen und dem eigenen Schicksal noch die Hand reichen zu können, dann weiß ich kein Wort hart genug gegen einen lügenden Arzt. Ich empfinde nichts, so bestimmt, als daß ich kein Mensch herausnehmen darf, eines anderen Wortmund zu sein. Und jedes andere Recht will ich eher lassen als dieses eine, selbst zu bestimmen, was für mich gut und was für mich schlecht ist. Es ist mir unerträglich, auch nur ein kleines Kind anzulügen, und was's zu seinem Weltan. Und lieber will ich das Schicksale tragen müssen, aber mit offenen Augen, als blind durchs Augen an fremder Hand zu gehen,



gesprochen, die für die Inaugurierung einer energischen inneren Kolonisation in Preußen sprechen, und mit dem Ausdruck des lebhaften Bebauens darauf hingewiesen, daß die Wichtigkeit des preußischen Landtags sich dieser Frage mit so wenigem Nachdruck bisher angenommen hat.

Nach viel muß gesehen, wenn die Vernehmung des Bauernstandes im Reich wie in Preußen gleichen Schritt halten soll mit der deutschen Bevölkerungszunahme. Wir Liberalen glauben nicht, daß eine Interessengenergie zwischen Stadt und Land, zwischen Industrie und Landwirtschaft besteht. Zu begünstigt ist darum die Aufklärungspropaganda des Hanjandus, auf dessen Richtlinien auch unsere beiden liberalen Kandidaten stehen. Daß die liberalen Parteien für den Mittelstand mit allen Kräften eintreten, darüber bedarf es keiner weiteren Worte mehr. Der Mittelstand hat zu seinem eigenen Schaden viel zu lange den recht stehenden Parteien Gefolgschaft geleistet und von der Durchsetzung der reaktionären Forderungen der Konserwativen auf dem Gebiete des Handels als kein Glied erwartet. Kein Geringerer als Reichsminister hat in seiner bekannten Reichstagsrede über liberale Mittelstandspolitik darauf hingewiesen, daß die Parteien und Organisationen dem alten Mittelstand die besten Freunde sind, die ihn hinweisen auf die Selbsthilfe, wie genossenschaftlichen Zusammenschluß usw., und ihm die Möglichkeit geben, durch Veranstaltung von Kursen und Reisen sein Fachwissen zu erweitern und vervollständigen. In der letzten Session des Reichstages waren es liberale Abgeordnete, die für die Regelung des Submissionswesens durch das Reich mit Entschiedenheit eintreten und dahinstehende Anträge einbrachten, die hoffentlich bald zur Annahme gelangen.

Der Umstand, daß es den liberalen Parteien auch diesmal wieder gelungen ist, aus den verschiedensten Kreisen des preußischen Volkes Gelehrte, Geistliche, Staatsbeamte aller Kategorien, ebenso wie Kaufleute, Gutsbesitzer und Gewerkschaftsführer und Leiter geistlicher Berufsvereinigungen als Kandidaten aufstellen zu können, zeigt uns die Hoffnung geben, daß am Wahltage der nationalliberalen-volksparteilichen Partei der Sieg beschieden ist und für weitere fünf Jahre von Wahlkreise Halle unter bisherigen bewährten Kandidaten, Herr Justizrat Dr. Keil und Herr Bierpohlkassier Delfus entzündet werden!

Mit dieser Parole — heran an die Wahlmänner!
Jeder tue seine Pflicht!

Die Einführung des Reichstagswahlrechts in Preußen.

Man schreibt uns von nationalliberaler Seite:

Die beiden konserwativen Parteien halten den Wählern im gegenwärtigen Wahlkampf immer von neuem vor, daß die freimüthige Volkspartei die Übertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen erstrebt und macht uns Nationalliberalen gerade aus diesem Grunde das Wahlbündnis mit den Freimüthigen zum Vorwurf. Ja sie treten an die Wähler der ersten und der zweiten Abteilung direkt heran mit der Aufforderung, konserwativen Wahlmännern ihre Stimme zu geben, um dadurch die Einführung des Reichstagswahlrechts unmöglich zu machen.

Allerdings gehört es zum Programm der freimüthigen Volkspartei, auch in den Einzelstaaten das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht zu erstreben. Aber hat denn dieses Streben in Preußen auch nur die allgeringste Aussicht? Bei der gegenwärtigen Zusammenfügung des Abgeordnetenhauses gar nicht! Im letzten Abgeordnetenhaus saßen 154 Deutschkonserwative, 60 Freikonserwative, 106 Zentrumsmitglieder, 65 Nationalliberale, 37 Freimüthige, 13 Polen, 2 Dänen und 6 Sozialdemokraten. Von diesen 443 Mitgliedern fiel nur die 37 Freimüthigen und die 6 Sozialdemokraten unbedingte Anhänger des Reichstagswahlrechts. Wir Nationalliberalen wollen es nicht, wir wollen zwar das geheime und direkte Wahlrecht, wir wollen aber ein abgeleitetes Wahlrecht beschaffen (wenn auch unter erheblichen Verbesserungen der bisherigen Klassenenteilung). Und selbst wenn sich jemals im Hause der Abgeordneten eine Mehrheit für das Reichstagswahlrecht fände, so würden die beiden anderen entscheidenden Faktoren, die Krone und das Herrenhaus nimmermehr ihre Zustimmung geben.

Die Wähler werden also mit einem an die Wand gemalten Gespenst geschreckt und sollen dadurch in die Arme der konserwativen Partei getrieben werden, die an dem „bedrückten preußischen Wahlrecht“ unentwegt festhält, trotz seiner allbekanntesten Mängel — aber weil sie allein den Vorteil davon hätte.

Wer einen Blick auf die oben angegebenen Zahlen wirft, der muß sich als liberaler Mann sagen, daß die Stärkung der liberalen Parteien das Hauptziel der gegenwärtigen Wahlen sein muß. Berichten diese von ihren zusammen 102 Mandaten (von 443) noch einige an die schon jetzt übermächtigen Konserwativen und gelingt es diesen, die acht Stimmen noch zu gewinnen, die ihnen an der absoluten Mehrheit fehlen, dann ist es mit dem Liberalismus und dem Einfluß des Bürgerturns auf Gesetzgebung und Verwaltung vorbei.

Deshalb hat das oberste Landesorgan der nationalliberalen Partei, der Parteitag in Hannover, vor einigen Wochen uns Nationalliberalen das taktische Zusammengehen mit den Freimüthigen empfohlen, ohne daß wir deshalb etwas von unserem politischen Programm aufgeben.

Schließlich sei auf die Verhältnisse in einem anderen Wahlkreis hingewiesen. In Göttingen-Lauban werden drei Abgeordnete gewählt. Das waren 1903 und 1908 die nationalliberalen Abgeordneten von Schöndorff und Triffl, sowie ein Deutschkonserwativer. Diesmal gehen dort die Nationalliberalen mit dem Freimüthigen zusammen. Wieder kandidieren die beiden Genannten, diesmal aber zusammen mit einem Kandidaten der freimüthigen Volkspartei.

Will der Hiesige Ortsauschuß der freikonserwativen Partei auch diesen Männern, dem ehrwürdigen, 75 Jahre alten Herrn von Schöndorff, der schon 1882 in das Abgeordnetenhaus eingetreten ist, und der auch schon sechzigjährigen Excellenz Triffl vorwerfen, daß sie die Bahnen unseres großen Führers von Bennigen verlassen hätten? Sätten von Bennigen und Miquel es miterteilt, wie die Konserwativen den Zusammenschluß der bürgerlichen nationalen Parteien im Wilhelmsfeld gepredigt haben, um mit dem Zentrum zusammen zu gehen, sicherlich würden sie uns dagegen den Zusammenschluß der liberalen Parteien empfohlen haben, wie wir dies heute verweigern. Wir wissen, daß wir im Sinne der großen Gründer unserer Partei handeln und fordern unsere Anhänger auf, sich nicht von rechts her umgarnen zu lassen.

24. Evangelisch-sozialer Kongreß.

Hamburg, 14. Mai 1913.

(Telegraphischer Bericht.)

Unter zahlreicher Beteiligung von Vertretern sozial und religiös interessierter Kreise und Organisationen, sowie von Einzelpersonen aller Stände begann hier im Curio-palast die Beratungen der 24. Tagung des Evangelisch-sozialen Kongresses, die mit einem Begrüßungsbericht in der Hauptkirche St. Michaelis um einem Begrüßungsabend eingeleitet wurden. — In der heutigen

ersten Hauptversammlung

hießt der Vorsitzende des Kongresses, Prof. Dr. Otto Baumgarten (Riel), die programmatische Begrüßungsansprache, in der er ausführte: Wir wollen hier nicht nur großartige Reden halten, sondern wir erwarten, daß in allen Kreisen das Gefühl einer großen lebenden Not in unserem Volke geweckt wird. Man soll sich über diese bestehende Not nicht mit den billigen Phrasen hinwegsetzen, daß das Gottes Ordnung sei und daß es immer so war; denn das ist nicht wahr! Der Evangelisch-sozialer Kongreß kann einen Zustand nicht gutheißen, unter dem auf der einen Seite immer größere Kapitalien angehäuft werden, während andererseits eine große Anzahl von Menschen nicht das Existenzminimum haben. Das ist keine ewige Gottesordnung, die sich in geschichtlich gewordenen Verhältnissen zeigt, sondern eine ganz niedrige Menschenordnung, geboren aus gemeiner Selbstsucht und durch sie festgehalten. Es ist eine niedrige Menschenordnung, gegen die der Evangelisch-soziale Kongreß anzugehen verpflichtet ist. Er muß sich fragen, wie man einen Weg finden kann, um daraus herauszukommen. Wir wollen nicht mit dem Jenkelt, wir leben alle Kraft ein, und aus das Jenkelt so zu gestalten, das lebendige Menschentum darin den Weg zur Einigkeit finden können, so wie unter großer Weisheit heilige, gebundene Seelen läßt, damit sie wieder frei würden zum Laufen nach dem ewigen Ziel. Aber frei, wenn die Liebe- und Gerechtigkeitsdrang unsere ganze Seele erfüllt, dann muß doch der Evangelisch-soziale Kongreß in Sonderheit durch seine nationalökonomischen Berater uns darauf hinweisen daß wir dieses Grundgefühl in Acht zu nehmen haben. Die Geschichte, unsere große Lehrmeisterin, die uns nicht als Last, sondern als Segen grüßt, zeigt es uns, das ungehemmte soziale Kräfte und Triebe unentwegt wirken. Aber der Evangelisch-soziale Kongreß hat niemals gelauscht, daß man durch die Herstellung einer besseren sozialen Ordnung das Reich Gottes auf Erden verwirklichen kann, schon deshalb nicht, weil das ein Eingriff in die Schranken menschlichen Wissens und menschlicher Begabung wäre. Das ist eine Grundanleihe, die der Kongreß sich erarbeitet hat. Jeder soziale Fortschritt bedarf der Bindung an eine soziale Ordnung. Die Wäse, der Durchsichtigkeit der Menschen, das das Ziel nicht, wir brauchen die Herausbildung fähiger Kräfte, wir brauchen sie in einem geordneten Staatswesen.

Die Geschichte zeigt uns neben großen Knotenpunkten, wo die bürgerliche Regel durch den Heroismus unserer Kraft ersetzt wird, ein unangenehmes Trägheitsmoment. Zum evangelisch-sozialen Anteil gehört die Unterordnung der Menschen vor Kraft und Vernünftigkeit und der Menschen vom Durchsichtigkeit. Dieser Durchsichtigkeit wird bis auf die letzten Tage, sowie er fest unverändert gegenüber 1000 Jahren zurück gewahrt ist, bestehen werden von Naturtrieb, der so tief eingedrungen ist. Und wenn es wahr ist, daß nicht die Zustände die Menschen, sondern die Menschen die Zustände machen, so steht auch der Mißbrauch fest, den die unendliche raffinierte Selbstsucht des Durchsichtigen treibt. Deshalb wird der Evangelisch-soziale Kongreß immer der Diesseitigkeit wachmer und der Kulturtriebigkeit entiegen, und wird eingeschoren bleiben auf das Evangelium Jesu, wonach die Sünden der Menschen verderben und die Erlösung ihr Glück ist. Und niemals werden wir uns darum dem Ideal der Vollkommenheit auf Erden nähern. Wir überlassen nicht die Menschheit, den Durchsichtigkeit, die Gesellschaft sich selbst, wir entwickeln sie nicht von der Zucht und Ordnung des Staates. Evangelisch-sozial und staatsrecht ist dasselbe, evangelisch-sozial und an die Nation gebunden ist eines. Wir fühlen uns zunächst nur gebunden an unser deutsches Volk, in dem das ewige Reich zu bauen uns besohlen ist. Das letzte Jahr mit seinem Rückblick auf die hundert Jahre der Erhebung und dem Rückblick auf die 25 Jahre der Regierung unseres Kaisers preigt uns das Staatsgefühl, das Gefühl für den großen Staat Friedrichs des Großen. Wir sind stolz auf das, was der Staat in den aus der Regierungszustand unseres Kaisers hervorleuchtenden Federn-Klassen an Gerechtigkeit in unser Volk hineingetragen hat. Und mögen sie auch noch traurige Nebenwirkungen ergeben haben, wir wollen sie nicht preisgeben, mehr die Versicherung, daß die Schutzgesetzgebung, an denen unsere Hohenzollern mit ihrem großen Gerechtigkeits Sinn und Pflichtgefühl gearbeitet haben. Daran wollen wir weiter arbeiten. Wir gehen nicht zu bene, die da glauben, es ist jetzt Zeit einmal zu pausieren. Nein, wie Freiherr v. Berlepsch an seinem sechzigsten Geburtstag uns bekräftigt hat, wir werden unermüdet weiter darauf drängen, daß der Staat die Falsche, die er in feierlicher Stunde auf sich genommen, auch ausführt, daß er die Schutzgesetzgebung weiter ausbeutet und ausbaue. Besonders gilt dies für die Gaimiransgesetzteilen. — Der Redner schloß mit einem Hoch auf den Kaiser und den Senat der freien und Hansestadt Hamburg. (Anhaltender stürmischer Beifall.)

Senator Aktman begrüßte hierauf den Kongreß im Namen der freien und Hansestadt Hamburg. — Nach weiteren Begrüßungsansprachen wurde in die Tagesordnung eingetreten.

Den ersten Vortrag hielt Hauptrediger Dr. Christian Geyer (Münster) über das Thema:

„Die Pflege der Religion in der Großstadt.“

Zum Schluß seiner Ausführungen legte der Redner folgende Leitsätze vor:

1. Die Pflege der Religion in der Großstadt darf nicht nur als Christianisierung der Masse aufgefaßt werden, es geht dazu auch und vielleicht sogar hauptsächlich die religiöse Beeinflussung der gebildeten Schicht.

2. Die kirchlichen Mittel der Predigt, der Kasualpredigt, des Jugendunterrichts und der Seelsorge sind auch für die Großstadt unentbehrlich, müssen aber auf die wirklichen Bedürfnisse der Gegenwart eingeleitet, in futurbelebender Sinne und unter Anerkennung der sich zeigenden religiösen Renaisance für Übertragung einer lebendigen, kraftvollen Religiosität ausgebaut werden.

3. Die kirchlichen Mittel bedürfen der Ergänzung nicht nur unter dem Gesichtspunkt, möglichst viele Menschen religiös zu erreichen, sondern auch mit Hinsicht auf den anderen, neue religiöse Gemeindefachthaltungen auszubauen. Als solche Mittel empfehlen sich namentlich Diskussionsabende kleineren Umfangs, Besprechungsabende, Blätter mit Gelegenheit zu religiöser Aussprache für die Leser und religiösen Versammlungen.

4. Die gebildeten Laien müssen zur religiösen Arbeit ermutigt und möglichst ausgiebig herangezogen werden. An den Vortrag knüpfte sich eine sehr lebhaft diskutierte. Dr. C. Klassen (Frankfurt a. M.): Es wächst jetzt zum ersten Male das Gefühl heran, das ohne Respekt vor der Autorität und der Religion groß geworden ist. Seine ständige Unzuverlässigkeit wird sich zeigen. Das neue Gefühl mag im Äußeren gewandt sein, es mag eingebildet sein, aber im Inneren ist es düster gestimmt und es hängt an wachsam zu werden. Auf dem Lande ist es nicht besser als in der Stadt.

Professor Mebergall (Hedelberg): Wir müssen uns klar machen, wie wir die Arbeit in der Großstadt ansetzen wollen. Überall wo ein Bedürfnis vorhanden ist, muß es befriedigt werden, wo keines vorhanden ist, muß man die Hände davon lassen. Wenn wir uns darauf beschränken, werden wir in nicht allzuweiner Zeit die nicht mehr anzuhaltenden materialistischen Primärmaßnahmen aus der Welt schaffen. — Dr. Feig Warne (Samburg): Hunderte werden die Städte, aber Tausende die sozialdemokratischen Volkserkennungen. Es bestehen in der Arbeiterfrage soziale und soziale Geffühle, aber Religion ist das nicht, im Gegenteil, gerade diese Empfindungen widersprechen den Grundelementen der christlichen Weltanschauung. Der Großstadtprediger wird in der christlichen Religion etwas Fremdes, etwas Selbstverneinendes und Feindsüchliches. Von allem, für das er kämpfen muß, und mit vollem Recht kämpfen muß, für die Kirche nichts wissen. Sie steht in einem Konflikt mit dem Leben des Großstadtprediger, und dieser Konflikt kann nie überbrückt werden. — Sauppastor Professor Hunzinger (Samburg): In der Sozialdemokratie ist der Zusammengehörigkeit mit allen Konsequenzen zum Ausdruck gelang. Viele Gelehrte haben sich ein, daß sie diesen Gedanken vertreten, aber das stimmt nicht, nur in der Sozialdemokratie findet er sich konsequent vertreten, in anderen Gesellschaftsschichten nicht. Die modernen unchristlichen Strömungen sind unangehentlich kompliziert. Die Entfremdung bei den Sozialdemokraten ist eine andere als bei den Bürgerlichen und den Willenshäftigen, die mit der Kirche gebrochen haben. Weil diese Entfremdung überall eine verschiedene ist, müssen aber auch die Gegenmaßnahmen verschiedene sein. Ein Rezept paßt nicht für alle Schichten der Bevölkerung. Summa: praevalentia! — Oberlehrer Dr. Herzog (Leipzig) gewieselt, daß die Religion mit der Großstadtsbesiedelung zerbricht. — Frau Mathias W. J. H. (Kutin) fordert weibliche Geffühle. — Prof. Freyher (Soden Berlin) bespricht die von ihm eingeleiteten Maßnahmen, um in der Bevölkerung der Berliner Mittelständigen die Entfremdung abzuwehren bzw. einzudämmen.

Eine Beschlusfassung über die Leittage erfolgte nicht. In der am Nachmittag stattgefundenen

II. Hauptversammlung

sprach Frau Helene v. Forster (Münster) über das Thema „Familie und Persönlichkeitskultur.“ Sie führte im wesentlichen folgendes aus: Die Familie war in früheren Jahrhunderten ein geschlossenes Ganzes, ein Lebensgemeinschaft, an der alle Glieder der Familie persönlich teilhatten. Arbeitsergebnigkeit und produktive Mitarbeit an den Interessen der Familiengemeinschaft lösten Persönlichkeitswerte. Mit dem Einlehen des Maschinenalters verlag sich ein sozialer Entwicklungsprozeß, der eine einschneidende Wirkung auf die Lebensgemeinschaft der Familie ausübte. Aus den unentgeltlichen Kleinrenten ging eine massenhafte Abwanderung weiblicher Familienangehöriger als Lohnarbeiter in industrielle Betriebe vor sich. Das Auswachsen des Großstadts, die Entwertung der Großstädter, das auch die Familiengeffühle der bürgerlichen Stände in Mitleidenschaft, die fremde Arbeitsgemeinschaft der Familie der unteren und mittleren Stände lockerte sich; damit sinkt der Einfluß der Familiengemeinschaft auf die Erziehung und Persönlichkeitsbildung der Familienangehörigen. Die Frauenbewegung, die mit dem Beginn des Maschinenalters einsetzte, brachte neue Werte in die Familie, sie führte die Frau auf neuen Kulturwegen in aufwärtsgehende Bahnen. Der Einfluß der sozialen Entwicklung auf die Familie führt zu der Stellung der Frage: Ist die durch die soziale Entwicklung in ihrem Gemeinschaftsleben veränderte Familie heute noch instand, Persönlichkeitswerte auszubilden? Diese Fragestellung wird durch die nivellierenden Tendenzen unserer Zeit besonders dringlich. Wenn der Familie die Aufgabe zufällt, die Persönlichkeitswerte ihrer Mitglieder auszubilden und zu entwickeln, so sind besonders die Familien der bürgerlichen Mittelständigen für die Ausbildung einer Persönlichkeitskultur am geeignetsten. Die Frauen müssen dafür eintreten, daß die von der Frauenbewegung erhobenen Forderungen erfüllt werden, die dahin gehen, die Mädchenbildung auf die Niveauhöhe der Frauen der Ehefrau und Mutter und lokales Empfinden der Familie anzupflanzen. Werden sich diese Forderungen verwirklichen lassen, so kann an eine neue Selektion der Persönlichkeitsbildung in der Familie durch die Frau gedacht werden. Für die unteren Volksschichten ist die Bildung der Persönlichkeitskultur in erster Linie in die Schule und Fortbildungsschule zu verlegen. Die Schule muß dieser Aufgabe in größerem Maße als bisher gerecht werden. Hierzu ist besonders die Arbeitskulture im Sinne Reichsteiners und Gaudigs berufen. Die Organe des Staates, der Gemeinde und der sozialpolitischen Betätigung sind verpflichtet, das Gefüge der Familiengemeinschaft wieder fester zu stellen.

Wähler in Stadt und Land!

Am 16. Mai finden die Wahlmännerversammlungen zum Hause der Abgeordneten statt. Der Kampf wird diesmal auch im hiesigen Wahlkreise ein heftiger werden. Die beiden liberalen Parteien haben wie anderwärts so auch in Halle wieder das alte Bündnis erneuert.

Wir bekämpfen auf der einen Seite die konservative Partei, die unter dem Drucke des Bundes der Landwirte eine einseitige Interessenpolitik betreibt und die freiheitliche Entwicklung des Staates verhindert; und auf der anderen Seite die Sozialdemokratie, welche die geschworene Feindin unserer bestehenden Staatsordnung ist und wie immer die Wähler durch große unerfüllbare Versprechungen zu gewinnen sucht.

Das einseitige Vorherrschende der Konservativen und das staatsfeindliche Vordringen der Sozialdemokratie kann aber nur verhindert werden, wenn das Bürgertum größeren Einfluß auf die Gesetzgebung erlangt. Dazu ist in erster Linie eine

durchgreifende Reform des preussischen Wahlrechts und eine Neueinteilung der Wahlkreise

erforderlich. Das jetzige öffentliche und indirekte Wahlrecht läßt den Bürger nicht zu seinem Rechte kommen, erzieht zur Heuchelei und öffnet Boykott und Terrorismus Tür und Tor.

Das geheime und direkte Wahlrecht ist daher für uns eine Mindestforderung!

Diese liegt besonders im Interesse des gewerblichen Mittelstandes, den zu fördern und zu pflegen nach wie vor eine unserer Hauptaufgaben sein wird.

Die Lage der Beamten und Staatsarbeiter wird von uns stets geprüft und gefördert werden. Die berechtigten Forderungen der Arbeiter und Angestellten werden wir unterstützen. Industrie und Handel als hochbedeutende Teile unseres wirtschaftlichen Lebens haben stets und werden auch zukünftig von uns tatkräftige Unterstützung erfahren. Wir treten ein für eine kräftige Förderung der inneren Kolonisation. Der bäuerliche Besitz ist zu vermehren, die Ansiedlung von Landarbeitern zu begünstigen. Der ländlichen Bevölkerung muß größerer Einfluß in den öffentlichen Körperschaften (Kreisrat, Provinziallandtag, Landwirtschaftskammer usw.) eingeräumt werden.

Die Selbstverwaltung ist auszubauen und von unnötiger Bevormundung zu befreien.

Die Kultur- und Bildungsfragen stehen für alle Liberalen im Vordergrund. Das Hoheitsrecht des Staates über die Schulen darf nicht beeinträchtigt, die Lehrerschaft in ihrem Vorwärtstreben nicht gehindert werden. Die Uebergriffe des Merkantilismus auf das staatliche Leben sind energisch zurückzuweisen.

Wir verlangen, daß bei Besetzung der Ämter nur die Tüchtigkeit entscheidet. Ständesvorrechte bekämpfen wir, namentlich auch in steuerlicher Beziehung. Die Belastung des einzelnen Staatsbürgers soll nach seiner Leistungsfähigkeit erfolgen. Die geringen Einkommen müssen geschont werden. Oberster Grundsatz unseres Strebens aber muß bleiben, das

Allgemeinwohl über die Sonderinteressen

zu stellen.

Wer für diese Forderungen eintritt, der muß die liberalen Parteien unterstützen. Daher gebe jeder Wähler am 16. Mai nur den von uns aufgestellten Wahlmännern seine Stimme, die sich bereit erklärt haben, für unsere gemeinsamen Kandidaten die Herren

Justizrat Dr. Keil und Oberpostassistent Delius

einzutreten. Die Unabhängigkeit und politische Stellung beider Kandidaten, die bisher als Abgeordnete den Wahlkreis zur vollsten Zufriedenheit vertreten haben, sind jedem Wähler unseres Kreises bekannt.

Deshalb auf zum Kampf!

Der Liberalismus muß in Preußen, der deutschen Vormacht, und damit im Reiche wieder die Bedeutung erlangen, die ihm zukommt.

Die vereinigten liberalen Parteien.

Verein der nationalliberalen Jugend.

Nationalliberaler Verein für Halle und Saalkreis.

Liberaler Wahlverein (fortschr. Volksp.) für Ammendorf und Umgegend.

Liberaler Wahlverein (fortschr. Volksp.) für Könnern u. Umgegend.

Reichsverein liberaler Arbeiter u. Angestellter (Ortsgruppe Halle a. S.)

Liberaler Wahlverein (fortschr. Volksp.) für Nietleben u. Umgegend.

Verein der fortschr. Volkspartei für Halle a. S. und Saalkreis.

Liberaler Wahlverein (fortschr. Volksp.) für Dölan u. Umgegend.

Liberaler Wahlverein (fortschr. Volksp.) für Könnern u. Umgegend.

P. Agte, Eisenhändler. Albrecht, Redakteur. E. Anschütz, Ingenieur. Bartels, Amtsgerichtssekretär. Geh. Justizrat Dr. Biermann, Universitätsprofessor. Banas, Tischler. M. Borschlag, Generalrepräsentant. Stadtverordneter O. Brohmer, Kaufmann. E. Brinkmann, Redakteur. O. Breittor, Graveur. A. Binder, Kaufmann. Dr. Broditz, Universitätsprofessor. Bragalla, Buchhändler. Böllau, Böllau, Kaufmann, Nietleben. Stadtverordneter K. Borges, Kaufmann. Dr. B. Bohnenstaedt, Oberlehrer. W. Böhm, Fleischer. Ammendorf. Brendel, Stadtschulrat. Dörfling, Oberpostassistent. Dobrinski, Werkmeister. Engelhardt, Werkm. Ammendorf. Engelcke, Handelsrichter u. Stadtrat. Geh. Justizrat Elze, Rechtsanwält. E. Friedrichsen, Buchbinderm. Justizrat Föhring, Rechtsanwält. Fabrikbesitzer E. Gressler, Stadtrat. C. Georg, Kaufmann. W. Georg, Scheide- und Fabrikbesitzer, Könnern. Friedr. Liebau, Kaufmann. Dr. Löroher, Oberlehrer. Geh. Justizrat Dr. E. Loening, Universitätsprof. Mathes, Schmied. Hans Mehlmann, Handlungs- gehilfe, Ammendorf. W. Müller, Amtsgerichtssek. Löbejün. Banzer, Stellmacher, Ammendorf. Stadtverordneter H. Pfantsch, Konditoreibesitzer. A. Plönnigs, Lehrer. Bruno Reimke, Malzfabrikant. Stadtrat Richter, Kaufmann. Rosdiger, Direktor der Halleischen Maschinenfabrik u. Eisengießerei. Geh. Medizinalrat Schmidt-Rimpler, Universitäts- professor. Schrader, Lehrer, Könnern. Sommer, Rektor. Dr. Schreiber, Rechtsanwält. Schneider, Konditor. Paul Schwarz, Druckereibesitzer. W. Schwarz, Bankier. Geh. Kommerzienrat E. Stockner, Bankier. Dr. Topelmann, Stadtrat. A. Taatz, Fabrikbesitzer. C. Tretrop, Gerichtssekretär a. D. Triebel, Kaufmann. Dr. Ulrichs, Sanitätsrat. H. G. Ueber, Kaufmann. Agl. Kommerzienrat H. Werther, Kaufmann. Dr. Fr. Wenzlau, Oberlehrer. Zwanzig, Kaufmann, Löbejün.